



Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Grundsätzliche Zustimmung zu Neuausrichtung des CO₂-Gesetzes

Der Regierungsrat begrüsst die vorgeschlagene Neuausrichtung der schweizerischen Klimapolitik nach 2012, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation festhält. Das neue CO₂-Gesetz ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Für ein gesundes Klima". Die Regierung unterstützt die Bestrebungen des Bundes, die Treibhausgasemissionen ab 2012 weiter zu vermindern. Die langfristige, deutliche Reduktion der CO₂-Emissionen findet sich auch in den Leitlinien zur Energiepolitik 2008 – 2017 des Kantons Schaffhausen.

Der Bund legt zwei Vorgehensvarianten vor. Der Regierungsrat spricht sich für die Variante "Verbindliche Klimaziele" aus, welche ein Reduktionsziel von 20 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 anstrebt und den Akzent auf Massnahmen im Inland legt. Wenn sich die EU und andere Staaten nach 2012 für ein Reduktionsziel von 30 % entscheiden, wird die Schweiz nachziehen. Diese Variante orientiert sich an den Klimazielen der Europäischen Union. Höchstens ein Viertel der angestrebten Emissionsvermindierungen dürfen durch Massnahmen im Ausland erzielt werden. Bei der zweiten Variante stehen Massnahmen im Ausland im Vordergrund, allerdings ohne verbindliches Klimaziel. Beide Varianten sind realistisch, aber ambitiös, denn sie sehen mindestens eine Verdoppelung der bisherigen Geschwindigkeit in der CO₂-Reduktion vor. Der Regierungsrat zieht die Variante 1 vor, weil sie ein verbindliches und konkretes Reduktionsziel definiert. Zudem besteht im Inland ein grosses Reduktionspotential mit geringen Kosten. Diese Entwicklungsmöglichkeit gilt es früh und umfassend zu nutzen. Solche Massnahmen sind zudem mit wesentlichen Nebeneffekten verbunden (z.B. Luftreinhaltung, geringere Auslandabhängigkeit von fossilen Energien, Innovationsförderung, Modernisierung der Infrastruktur), deren Nutzen in erster Linie dem Inland zugute kommen soll.

Amts jubiläum

Der Regierungsrat hat Daniel Stoll, Strassenwart beim Tiefbauamt, der am 16. März 2009 das 25-jährige Amtsjubiläum begehen kann, seinen Dank für dessen bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen.

Schaffhausen, 3. März 2009
bis und mit Nr. 9/2009
9/2009

Staatskanzlei Schaffhausen